



Bärendienste bei Kassenpleiten?

Viel war in letzter Zeit von Verfehlungen des Umgangs mit Versicherten bei Kassenschließungen die Rede. Ich finde, hier hat sich das System insgesamt Bärendienste zukommen lassen. Unter der Redewendung „jemandem einen Bärendienst erweisen“ wird gemeinhin die Tatsache verstanden, dass man etwas veranlasst, dessen Resultat für den Empfänger eines solchen Dienstes negative Folgen hat. In La Fontaines alter Fabel treffen sich ein Bär und ein alter Gartenfreund, um gemeinsam zu leben und zu arbeiten. Eines Tages setzt sich eine Fliege auf das Gesicht des schlafenden Gartenfreundes. Der Bär will seinem Freund helfen und die Fliege verjagen, indem er einen großen Stein nach ihr wirft. Weder die Fliege noch der Schlafende überleben das. Eine dumme Maßnahme hat also erhebliche Folgen.

Wenn ich die erläuterte Redewendung im Zusammenhang der öffentlichen Wirkungen der ersten größeren Kassenpleite benutze, so ergibt sich die Frage, wer wem eigentlich einen Bärendienst erwiesen hat. Zunächst einmal ist durch das abwehrende Verhalten beteiligter Krankenkassen gegenüber den neuen Versicherungsschutz suchenden 170.000 Versicherten der City BKK der gesamten Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gerade dadurch ein Bärendienst erwiesen worden. Der Anspruch auf Aufnahme in eine andere Krankenkasse ist – wie umfassend berichtet wurde – vielen nicht nur schwer gemacht, sondern die Aufnahmeberechtigten sind auch nicht selten abgewimmelt worden. Das ist ein Unding und diskreditiert den Solidargedanken und das Image der sozialen Krankenversicherung schwer. Verkannt werden darf allerdings auch nicht, dass mit einem solchen Verhalten die negativen Folgen der Gesundheitsreformen ans Licht gebracht worden sind. Diese scheinen seit Jahren von den Bundesregierungen gesundheitspolitisch gewollt: Im Wettbewerb können eben Kassen auf der Strecke bleiben und die Versicherten sollen daraus keinen Schaden haben. Gleichwohl bietet aber die Zuweisungslogik des Gesundheitsfonds insbesondere bei älteren und kranken Menschen, die auf eine regelmäßige Versorgung angewiesen sind, auch finanzielle Unterdeckung. Rein betriebswirtschaftlich gesehen könnte somit das einzelne Verhalten von Krankenkassen, die natürlich Zusatzbeiträge scheuen, als einzelwirtschaftlich rational nachvollziehbar sein. Ist es aber bei näherem Hinsehen nicht wirklich, weil ja im Zusammenhang effizienter Versorgungssteuerung als auch bei günstigeren Risiken Überdeckungen realisiert werden können. Nur trifft das die Beteiligten eben unterschiedlich. Es sind also nicht nur einzelne Kassen an den Pranger zu stellen, denn wir haben es mit Folgen der ordnungspolitischen Systemausrichtung der letzten Jahre zu tun. Demnach hat letztendlich auch die Politik dem System selbst einen Bärendienst erwiesen, der mehr als nur Strafbewehrungen gegenüber ungerechtfertigtem Handeln von Kassenverantwortlichen nach sich ziehen muss.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Rolf Stuppardt